

Dresdener Volkszeitung

Volkschekkonto: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Gebr. Arnhold, Dresden
und östliche Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis: einjährlich 12 Mark mit dem wöchentlichen Belegblatt für einen halben Mark. Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort: Dresden, Neumarkt 10, Fernsprecher Nr. 2521. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsadresse: Dresden, Neumarkt 10, Fernsprecher Nr. 2521 und 12707. Verlagszeitung von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Monatsheftezeitung 30 Pf., die 30 mm breite Wochenzeitung 1,50 Pf., für auswärts: Monatshefte 35 Pf., Wochenzeitung 1,75 Pf., Familienhefte, Stellen- und Anzeigenhefte 40 Pf. Abgabe für Briefnachnahme 10 Pf.

Nr. 291

Dresden, Mittwoch den 15. Dezember 1926

37. Jahrg.

Vorstoß der Demokraten

Aber werden sie durchhalten?

Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann ist am Dienstag, nachmittags um 5 Uhr, wieder in Berlin eingetroffen. Er erstattete sofort dem Reichspräsidenten Bericht über den Gang der Genfer Verhandlungen und übermittelte dann der Berliner Presse seine Eindrücke von der Lage des Völkerbundes und den übrigen Besprechungen. Dem Reichskabinett wird Dr. Stresemann am Mittwoch vorläufig Bericht erstatten. Anschließend oder in einer neuen späteren Sitzung dürfte die innerpolitische Lage zur Debatte gestellt werden. Gegen Abend beabsichtigt dann der Reichskanzler, die Führer der Sozialdemokratie zu empfangen.

In Anbetracht der für Donnerstag und Freitag vorgesehenen Lesung des Nachtragsesatzes ist eine gewisse Klärung der innerpolitischen Lage bis Mittwochabend wahrscheinlich. Welcher Art diese Klärung ist und ob sie den bekannten Forderungen der Sozialdemokratie entspricht, dürfte sich erst im Laufe des Mittwochs entscheiden. Dem Wunsch der Sozialdemokratie entgegenzukommen, gehen insbesondere vom Zentrum und den Demokraten aus. Auch der Reichskanzler hat sich in den letzten Tagen bemüht, möglichst einen Konflikt zu vermeiden; im gleichen Sinne hat der Reichsaussenminister noch am Dienstagabend Besprechungen mit den Führern der Deutschen Volkspartei in seiner Wohnung eingeleitet. Vorläufig ist beabsichtigt, von der demokratischen Fraktion eine Entschließung einbringen zu lassen, in der u. a. eine scharfe Trennung zwischen den Reichsverbänden und der Reichswehr verlangt sowie eine Entpolitisierung in dem Sinne gefordert wird, daß die Reichswehr ein Instrument des republikanischen Staates wird. Von diesem Wendepunkt aus sollen Bestimmungen über den Offiziers-Mannschaftsvertrag in der Reichswehr festgelegt werden. In den entsprechenden Forderungen der Sozialdemokratie überein. Schließlich wird gefordert, mit aller Entschiedenheit dafür Sorge zu tragen, daß die Offiziere und die Mannschaften die Hoheitszeichen der Republik achten und schützen, andernfalls soll gebührend eingeschritten werden.

Entscheidend an dieser Entschließung ist natürlich der Wortlaut. Im übrigen aber steht nicht nur das Reichswehrproblem, sondern außerdem — wie es in der bekannten Entschließung der sozialdemokratischen Reichsloasfraktion heißt — die „künftige Gestaltung der Reichsregierung“ bei der dritten Lesung des Nachtragsesatzes zur Debatte.

In der Zentrumsfraktion des Reichstags wurde am Dienstagabend eingehend die innerpolitische Lage besprochen. Die demokratische Entschließung über die Reichswehr fand in den Grundzügen die Billigung der Fraktion.

Die Volkspartei schweigt

D. Berlin, 15. Dezember. (Fig. Junkspruch.) Zu der Entschließung der demokratischen Reichstagsfraktion bezüglich der Reichswehr ist noch mitzuteilen, daß die demokratische Fraktion nach dem Berliner Tageblatt von der Annahme dieser Entschließung ihre weitere Entwicklung innerhalb der Regierungskoalition abhängig machen wird. Die Entschließung fordert u. a. nach, daß jeder Verstoß von Reichswehrangehörigen mit Reichsverbänden als Dienstvergehen bestraft wird.

Die Germania schreibt zur innerpolitischen Lage u. a., daß die Zentrumsfraktion zur Unterstützung des Inhalts der demokratischen Entschließung eine besondere Mission eingeteilt hat. Im übrigen bestätigt das Blatt, daß die Zentrumsfraktion dem Grundgedanken der demokratischen Resolution zustimmt. Schließlich heißt es dann: „Der Angelpunkt der innerpolitischen Situation liegt offensichtlich im Augenblick mehr bei der Deutschen Volkspartei als bei den Sozialdemokraten. Die Deutsche Volkspartei wird sich nach der Rückkehr ihres Führers, der gestern Abend mit seinen Parteifreunden eine Versprechung hatte, darüber schlüssig werden müssen, ob sie zur Großen Koalition bereit und gewillt ist, der Regierung endlich die sichere Grundlage zu geben, auf der die Weiterführung der von ihr bisher mitgetragenen Politik möglich ist. Der Reichskanzler wird sich heute Mittwoch mit den Parteiführern der Deutschen Volkspartei in Verbindung setzen und eine endgültige Klärung der Haltung der Deutschen Volkspartei herbeiführen.“

Das Wesen der Genfer Einigung

Bedingungsloser Fall der Kontrolle

D. Berlin, 15. Dezember. (Fig. Junkspruch.) Von internationaler Seite wird über die Verhandlungen in Genf u. a. noch folgendes mitgeteilt: Was die Regelung des Exports von Kriegsgüter und des Problems der Offensivwaffen anbelangt, so erwartet man eine baldige betriebende Lösung. In der Frage des Exports von Kriegsgüter darf festgestellt werden, daß es sich jetzt im wesentlichen nur noch darum handelt, ob und wie man die einzelnen von englischer Seite beanstandeten Artikel, die zur Ausfuhr bestimmt sind, in Deutschland gestopelt werden dürfen. Die Frage der eigentlichen Exports dagegen dürfte keine wesentliche Schwierigkeit mehr bereiten. Die Verhandlungen in dieser Frage werden von Regierung zu Regierung geführt, und es ist die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß eine Einigung erzielt wird, die die Abmachungen in Kraft treten, die für den Fall der Nichterreichung vorgesehen sind.

In der Frage der Offensivwaffen, in der ebenfalls weiterverhandelt wird, liegen die Dinge so, daß selbst, wenn eine Einigung nicht erzielt werden kann, eine „Investigation“ (Nachforschung) im Sinne des Genfer Protokolls unter keinen Umständen in Frage kommt, da ja die Voraussetzung für das Eingreifen der Untersuchungskommission die Auffklärung irgendeiner angeblichen Verletzung Deutschlands ist, während in der Frage der Offensivwaffen der Teilhaber bereits geklärt ist und der Völkerbund in diesem Falle höchstens ein Gutachten des Völkerbundesgerichts über die Rechtfertigung anfordern könnte.

Die verschiedentlich als eine schwer lösbare deutsche Konvention hingestellte deutsche Genehmigung, daß die interessierten Mächte für die Behandlung dieser beiden kritischen Fragen ihren Vertreter beauftragen, besonders technische Sachverständigen betrauen dürfen, ist völlig unbedeutend. Es handelt sich bei diesen technischen Sachverständigen keineswegs um ein Nebenprodukt der Militärkontrollkommission, sondern lediglich darum, daß die Sachverständigen und Gesandten, mit denen die Verhandlungen geführt werden, eben einen Sachverständigen zur Hand haben und nicht nur Aussagen sind, durch langwierige Klüffeln technischer Art den Verlauf der Verhandlungen zu verzögern. Die Sachverständigen haben nichts anderes als Mitglieder der betreffenden Volkslisten ohne besonderes Recht. Die Aufhebung der Militärkontrolle, die auf den 31. Januar n. J. festgesetzt ist, ist also eine völlig belanglose Angelegenheit, und gerade diese volle Bedingungslosigkeit ist es ja, die zu den schwereren Konflikten zwischen dem Pariser Ministerrat und Poincaré geführt hat.

Gegenüber den beiden Hauptfragen, der des Investigationsprogramms und der Kontrollaufhebung, deren Lösung tatsächlich zu 100 Prozent dem deutschen Standpunkt gerecht wird, ist das Problem der Rheinlandräumung etwas in den Hintergrund getreten, obwohl es bei den Verhandlungen selbst eine wichtige Rolle gespielt hat, als aus den Genfer Besprechungen zunächst zu ersehen war. Etwas, irgendwelche konkreten Anregungen nicht zu erwarten worden sind, ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß die Frage der Räumung nicht mehr aus der internationalen Diskussion herausgerissen wird, da die öffentliche Meinung fast aller beteiligten Staaten immer mehr zu der Erkenntnis kommt, daß die weitere Regelung des Rheinlandes mit der Forderung der Völkerbundsausschüsse auf die Dauer nicht vereinbar ist.

Hindenburg deckt Stresemann

Amlich wird gemeldet: Der Reichspräsident empfing am frühen Nachmittag des Dienstags den Reichsaussenminister Dr. Stresemann zum Vortrag über die Genfer Konferenz. Im Verlauf der sich hieran anschließenden Unterhaltung sprach der Reichspräsident mit Worten des Dankes für die hingeworfene Arbeit des Reichsaussenministers seine Befriedigung über die in Genf erreichten Fortschritte aus; er gab zugleich der Erwartung Ausdruck, daß auch die noch offenen Fragen in baldiger guter Lösung ausgeführt werden.

Briand schlug Poincaré

P. Paris, 14. Dezember. (Fig. Draht.) Der französische Außenminister Briand hatte am Dienstag eine lange Besprechung mit dem Präsidenten Doumergue, dem er über seine Genfer Verhandlungen Bericht erstattete. Die Mächte teilsigen, daß Briand keine Drohung, zurückzutreten, falls man seine Genfer Verhandlungen in Pariser Ministerat desavouierte, Poincaré und besonders den nationalistischen Warden zu erstem Nachdenken veranlaßt habe. Briand habe vorgeschlagen, im Ministerrat am Dienstag überhaupt nicht das Wort zu ergreifen. Nur Tardieu habe offen die Ablehnung der Schiedsgerichtsformel vertreten, sei aber nicht durchgedrungen, so daß zuletzt der Ministerrat geschlossen Briands Verhalten in Genf billigte.

Sozialdemokratische Erfolge in Ungarn

N. Budapest, 14. Dezember. (Fig. Draht.) Bei den Parlamentswahlen wurde am Montag in Raab der Sozialdemokrat Walasita gewählt, in Szegedin der Sozialdemokrat Julius Feid. In der Stadt Budapest, wo bisher 10 Sozialdemokraten gewählt waren, hat die Wahl, die zwei Tage dauert, am Dienstag begonnen. Die drei sozialdemokratischen Vorkandidaten der drei Bezirke können bereits am Nachmittag des ersten Wahltages als gewählt gelten. Das endgültige Ergebnis dürfte nicht vor Donnerstag oder Freitag bekannt werden. In Budapest haben die Regierungsparteien nur 15 000 Stimmen erhalten, während sich in die offen ausliegenden Wahlzettel 28 000 als angebliche Anhänger der Regierung eingeschrieben hatten. Man sieht, wie die erzwungene Öffentlichkeit die politische Neuschöpfung erzeugt.

Die Agrarier-Regierung Dänemarks

Rosenlügen, 14. Dezember. Endlich ist nach langwierigen Verhandlungen die Bildung der neuen Regierung zustande gekommen. Das Amt des Staatsministers Ministerpräsident hat Rasmus Wadahl übernommen, der bereits von 1920 bis 1924 Mitglied der Regierung Neergaard war. Außenminister ist der bisherige dänische Delegierte beim Völkerbund Dr. Rolsten. Die neue Regierung der Mitte (Wahrsparter) ist eine Wadahl-Regierung, die sich nur mit Hilfe der Konservativen behaupten kann.

Fröhliche Weihnachten

Der gute Anteil!

Zeit dem Januar 1924 über die Geld, Max Müller und Kompanie ihre glorreiche Regierungstätigkeit aus. Zuvor haben sie ihr Weihnachten auf dem Ministerfessel feiern können, aber diesmal schien es so, als ob die Herrlichkeit schon vor Weihnachten ein Ende haben würde, die Wähler hatten einen dicken Strich durch die Koalitionsrechnung gemacht. Zwar Herr Geld hat Aussicht, daß er auch noch die kommende Regierungsbildung als Ministerpräsident überdauert, die andern drei Herren waren in der Gefahr, noch vor Weihnachten ihr Bündel Sämereien zu müssen. Da kam im Landtag der gute Dunkel Müller und beantragte im Namen aller bürgerlichen Parteien und der KPD, die Ministerpräsidentenwahl erst nach Weihnachten, frühestens am 11. Januar, stattfinden zu lassen. Dieser Antrag wurde angenommen. So können also auch die Geld, Müller und Kompanie ihr drittes Weihnachten als Minister feiern. Fröhliche Weihnachten!

Alle Parteien rechts von der Sozialdemokratie leisteten wieder bei der Berichterstattung der Regierungsbildung den Müller und Kompanie Gelferdienste, auch die beiden Nationalsozialisten Mücke und Litzmann, die gedroht hatten, daß sie eine Regierungsbildung erzwingen würden, und auch die Herrschaften von der Aufwertungs-Partei, die erst allmählich werden begreifen müssen, was sie eigentlich im Parlament sind. Sie haben neulich schon einmal arg danebengegriffen, als sie bei der Ministerpräsidentenwahl ihre Stimmen für den Wirtschaftsparteiler abgaben, und es tut ihnen eine Portion historisch-materialistischer Geschichtsunterricht sehr not. Sie wollen die Vertreter des neuen Proletariats sein, der Leute, die durch die Inflation um ihr Vermögen gekommen sind. Es ist eine alte Erfahrung, daß Schichten, die durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse bedroht sind, sich zunächst schlecht zurechtfinden. Es dauert oft lange, bis sie auch um politischen Leben die notwendigen Folgerungen aus der Veränderung ihrer Klassenlage ziehen. Aber schließlich sind die Leute, die der Inflation ihre Proletarisierung zu verbanken haben, genau so Proletarier wie die große Masse derer, die nie eine andre Existenzgrundlage kannten als ihrer Hände oder ihres Kopfes Arbeit. Sie haben im wesentlichen die gleichen Interessen wie die übrigen Proletarier. Bei den in Deutschland nun einmal angedachten Machtverhältnissen können die Inflationserben nicht darauf rechnen, daß sie jemals wieder bekommen, was sie durch die Inflation verloren. Deshalb können sie ihre Interessen nur wahren, wenn sie sich der großen Armee des Proletariats anschließen. Genau so wie die alten Proletarier haben die durch die Inflation ins Proletariat Herabgestiegenen ein Interesse daran, daß die bedrückten Massen gegen eine allzu große Ausbeutung und Unterdrückung durch die Besitzenden gekämpft werden. Sie haben ein Interesse an einer gerechten Steuerpolitik, die dort nimmt, wo wirklich etwas zu holen ist, und die notleidenden Teile unseres Volkes schon zu müssen wünscht, daß die Mieter nicht schuldig der Willkür der Hausbesitzer ausgeliefert werden, die trotz ihrer Entlastung durch die Hypothekentwertung gern das Reichsrot der Friedensmiete nehmen möchten. Wenn die Herren von der Partei für Volksrecht und Aufwertung sich nicht recht schnell abwickeln wollen, so dürfen sie sich in Zukunft von Herrn Müller nicht so an die Strippe nehmen lassen.

Einen hörbaren Senats gab es gestern bei der KPD. Schon seit langem zeigen sich in den Reihen der Partei, daß innerhalb dieser Gruppe starke Meinungsverschiedenheiten bestehen, die Max Müller und Mücke sind zum Abschluß des Geschäfts mit den Deutschnationalen bereit, während offenbar die Gud und Pethke begriffen haben, daß ihnen in diesem Falle wahrscheinlich auch die letzten ihrer Anhänger wegläusen würden. Weder Proletarier, selbst wenn er bisher mit noch so großer Begeisterung zum Hülflein der KPD, gestanden hat, sollte auch einsehen können, daß das Heil von der Einheitsfront von den Deutschnationalen vor sogenannten Alten Sozialdemokratie kommen könnte. Pethke brach gestern aus, er stimmte gegen die Verlängerung der Ministerpräsidentenwahl bis zum 11. Januar und lehnte vor, den Zeitpunkt der Wahl nur um acht Tage hinauszuschieben. Wir sind neugierig, ob es den Reichsrot und Kompanie doch noch gelingen wird, ihr Grundsatz dahin zu bringen, wo sie es hinhaben wollen.

Ehe das Vertagungsmandat durchgeführt wurde, gab es ein Vorpiel bei der Beratung des Wälderischen Richtersentwurfes. Herr Pethke lieferte den Nachweis, daß die unbedingte Leistungsfähigkeit seiner Zpredwerkzeuge nicht gelitten hat, seitdem ihn der vorige Landtag am letzten mal teil. Den Urlaub, den ihm der Herr Reichsrotanwit verschafft hatte, hat er nicht dazu benutzt, um sich darüber klar zu werden, daß man auch mit dem größten Mundwerk die Weltrevolution nicht machen kann. Der Mann redete eine geschlagene Stunde, und wenn man ein Preisausstreifen reinkalkulierte, um festzustellen, über was er nicht geredet hat, so würde dieses Preisausstreifen unweiliges ergebnislos bleiben. Selbstverständlich wird er sich an der Sozialdemokratie, die er in der nächsten Woche „entlarvt“, dafür wurde er dann von Viehmann abgerieben, und was sehr lustig von oben bis unten und unten bis oben. Pethke hat erst so, als wenn ihm diese Abreibung samt Fall auf, er wurde aber still, als ihm Viehmann erinnerte, wie ihm die heilige Simeonow ebenfalls als Schwäger und Komodiant abgetraut hatte. Wir haben schon darauf hin-